

PRessE

SPiEGel

Polen - Pressespiegel 16/2023 vom 20.04.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Index der Selbstverwaltung: PiS verändert Polens politisches System, indem sie die Kommunalverwaltungen ausschachtet*
- *Euractiv: Europäische Volkspartei verzichtet auf Wunsch der PO auf einen Gipfel in Warschau*
- *Selenskyjs in Warschau: ein Besuch im brodelnden Kessel*
- *Krieg im Internet: Tausende von Angriffen auf Polen pro Woche durch pro-russische Hacker*
- *Das polnische Kind verirrt im Unions-Nebel. Wir wissen nicht, wie wir von der EU-Mitgliedschaft profitieren können*
- *Die PiS spaltet die Polen erneut. In diejenigen, die einen „2-Prozent-Kredit“ bekommen, und diejenigen, denen die Preise steigen*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Anbei ein Link zur Petition an die polnischen Stadträte von der außerparlamentarischen Gruppe Obywatele RP

https://www.petitionen.com/miejsce_dla_biaej_roy_w_polskich_miastach?fbclid=IwAR23jMeF1qywAXrP-T7ZwYvqIMghYIZJ2RQMmpmwMJHHdZNqeeoEpOJ4kVY

Index der Selbstverwaltung: PiS verändert Polens politisches System, indem sie die Kommunalverwaltungen ausschlachtet



Quelle: [oko.press](#)

Index der Selbstverwaltung? Im Jahr 2015 waren die polnischen Kommunalverwaltungen zu 74 Prozent effizient. Das war eine gute Note. Jetzt haben wir 56 Prozent - eine schlechte Note. Und es wird immer schlimmer. Das Ergebnis? Es wird keine EU-Investitionen geben, weil die lokalen Regierungen nicht das Geld dafür haben. Es wird keine Investitionen in den Wohnungsbau geben. Der Staat schwächt eindeutig.

Von **Agnieszka Jędrzejczyk**

Im Widerspruch zu den Tatsachen glaubt die PiS, dass es nichts Besseres gibt als eine Zentralregierung. Deshalb schwächt sie die lokalen Regierungen Schritt für Schritt, und die Opposition nimmt die Veränderungen im Staat nicht wahr. Derweil führt die Entnahme von Geldern aus den eigenen Einnahmen der Kommunen und deren Weitergabe – nach einem politischen Schlüssel – über zentrale Subventionsprogramme zu einer Veränderung des staatlichen Systems.

Das ist die Methode der PiS, ohne die Verfassung anzutasten. Denn die PiS verfügt nicht über eine verfassungsmäßige Mehrheit.

Nach einer Weile werden die schwächsten lokalen Behörden bankrottgehen, und dann wird die großzügige Zentralregierung ihnen bei der Entscheidung lokaler Angelegenheiten aus der Patsche helfen. Genau wie in Ungarn.

Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem das polnische Modell der Selbstverwaltung seine schwierigste Prüfung bestanden hat – in der Ukraine. Die Reform von 2014 nach polnischem Vorbild hat den Staat dort

gerettet. Sie ermöglichte es, Ressourcen für die Verteidigung gegen Russland einzusetzen, die auf der Ebene der Zentralregierung nicht zur Verfügung stehen (wir schreiben darüber weiter unten).

Die PiS baut die Kommunalverwaltungen anders ab, als sie es mit den Gerichten getan hat. Sie fasst die Institutionen nicht an. Sie kürzt die Mittel, entzieht ihnen schrittweise ihre Kompetenzen und politische Bedeutung. Und trifft Entscheidungen ohne Konsultation, weil sie glaubt, es besser zu wissen.

All dies geschieht unmerklich, Schritt für Schritt.

„Wir befinden uns in einer Abwärtsspirale. Wenn sich nichts ändert, werden wir das Ende der Selbstverwaltung in Polen erleben“, sagt die Mitautorin des Berichts „Index der Selbstverwaltung 2023“, Prof. Marta Lackowska.

Wie lokale Regierungen zerschlagen werden

Die Experten der Batory-Stiftung haben Informationen über die Veränderungen in den Kommunalverwaltungen gesammelt, die uns hauptsächlich in Form von Anekdoten darüber erreichen.

Sie haben überprüft, was in den Gemeinden passiert mit:

den Zuständigkeiten der lokalen Behörden,
ihrem Verhältnis zur Zentralregierung,
dem Stand der Finanzen,
dem Umfang der ihnen übertragenen Aufgaben.

Sie haben versucht, dies in objektive Werte aufzuschlüsseln. Das Ergebnis ist erschreckend: Seit der Machtübernahme der PiS ist ein deutlicher Einbruch zu verzeichnen. So ausgeprägt, dass man bereits von einem Verfassungswechsel sprechen kann.

„Zwischen 2014 und 2021 (d. h. in nur sieben Jahren!) ist der Index der Selbstverwaltung um fast 17 Punkte gefallen (von 73,58 auf 56,68).

Der größte Rückgang ist bei der politischen Stärke der Kommunalverwaltung zu verzeichnen, gefolgt von der systemischen Stärke und - in relativ geringem Maße - der Fähigkeit zur Aufgabenfinanzierung“, schreiben sie in ihrem Bericht.

Es ist eine fortschreitende Verlagerung von Ressourcen und Kompetenzen der lokalen Gebietskörperschaften auf die staatliche Verwaltung sowie eine zunehmende finanzielle Abhängigkeit der lokalen Gebietskörperschaften vom „Tropf“ der Regierung festzustellen.

[...]

Den Frosch kochen

Vor 2015 funktionierte das System der Kommunalverwaltung offensichtlich nicht perfekt. Die Kommunen bekamen vom Staat Aufgaben übertragen, aber kein Geld dafür. Das Problem war also eine Dezentralisierung der Probleme ohne Dezentralisierung der Ressourcen. Ein Beispiel dafür ist die Gesundheitsversorgung.

Anstatt sie zu verbessern, begann die Regierung nach 2015, die Selbstverwaltung zu zerstören. Wie der Mitverfasser des Berichts Prof. Dawid Sześciło sagt, erfolgte die Zerstörung der Selbstverwaltung in zwei Phasen:

Zunächst schränkte die Zentralregierung die Selbstverwaltung der Gemeinden mit kleinen, für den Laien unsichtbaren oder unverständlichen Schritten ein. So wurde z. B. den Superintendenten das Recht eingeräumt, zu entscheiden, welche Schule wo steht - obwohl sie nicht für den Unterhalt dieser Schulen verantwortlich sind. [Die Behörde] *Wody Polskie* und nicht mehr die lokalen Regierungen begannen, über die lokalen Wassertarife zu entscheiden. Die Woiwoden begannen, über Investitionsausgaben im Gesundheitswesen zu entscheiden, und so weiter.

Dann begann die Verringerung der Einnahmen der lokalen Gebietskörperschaften und die Belohnung der „Eigenen“ durch zweckgebundene staatliche Subventionen. In den letzten Jahren ist der Anteil der eigenen Einnahmen sowie anderer unbedeutender Einnahmen (über die die Kommunen frei verfügen können) an ihrem Gesamthaushalt systematisch zurückgegangen. Dies schränkt die Möglichkeiten ein,

zu entscheiden, wofür das Geld vor Ort ausgegeben werden soll.

Der Kern der Veränderung besteht darin, dass die lokalen Behörden zwar formal mehr Geld haben, aber es ist nicht ihr Geld - es wird ihnen von der Regierung gegeben. Und es wird an die „Eigenen“ vergeben und an die „Nicht-Eigenen“ nicht. Das klientelistische Modell wird wiederbelebt. Lokale Regierungsbeamte müssen sich in die Hände des örtlichen Abgeordneten der PiS begeben. Dieser Abgeordnete wird, wenn er oder sie es für richtig hält, das Geld besorgen – und dann müssen die lokalen Regierungsbeamten mit einem Scheck der Regierung sich fotografieren lassen.

Die Opposition unterschätzt die Veränderungen, die im Staat stattfinden“, sagt Dr. Marta Wojnar, Mitautorin des Berichts.

„Die Abhängigkeit vom Zentralhaushalt ist eine Strategie, um den lokalen Regierungen das Genick zu brechen. Bald werden die lokalen Regierungen selbst von der Zentralregierung verlangen, bestimmte Aufgaben von ihnen zu übernehmen“, fügt Prof. Sześciło hinzu.

„Einige lokale Behörden rechnen bereits damit, dass sie im Herbst nicht genug Geld haben werden, um die Gehälter zu zahlen. Sie erwägen den Bankrott“, sagt Dr. Wojnar.

Ihrer Meinung nach sieht es so aus, als verfüge die PiS über ein Heer von grauen Eminenzen, Analysten, die wissen, wie man das System mit fiskalischen Methoden verändern kann. Formal wird sich niemand an der Selbstverwaltung vergreifen. Immerhin ist sie ein Symbol für den Sturz des Kommunismus, und die ersten wirklich freien Wahlen in Polen waren 1990 ausgerechnet zu den lokalen Behörden. Wir haben also immer noch keine vom Woiwoden gewählten Gemeindevorsteher und Bürgermeister. Aber was der Bürgermeister und der Stadtrat zusammen mit der Gemeindeverwaltung tun können, hängt nicht mehr von ihnen ab – nur von der Gnade des örtlichen Abgeordneten der PiS oder von den „Beziehungen in Warschau“

In einem PiS-Staat werden die Grenzen der PiS nicht überschritten

„Die Rezentralisierungs-Wende in Polen ist eine Tatsache“, sagt der ‚Index der Selbstverwaltung 2023‘. „Aus einer breiteren europäischen Perspektive betrachtet, ist dies – nach Ungarn – der zweite so deutliche Prozess der Einschränkung der lokalen Autonomie in den letzten rund zwölf Jahren. Zugleich ist der Verlauf dieses Prozesses eindeutig anders. Beim ungarischen Modell wurde den lokalen Behörden ein bedeutender Teil ihrer Befugnisse abrupt und formell entzogen. Die in Polen angewandte Strategie, die in der Literatur als rollende Rezentralisierung bezeichnet wird, erinnert an eine Operation mit weißen Handschuhen – eine allmähliche, in kleinen Schritten durchgeführte, aber sukzessive Verringerung der Autonomie der lokalen Selbstverwaltung.“

Deshalb gibt es keine europäischen Investitionen

„Da die lokalen Behörden keine eigenen Einnahmen mehr haben und für die von den Behörden festgelegten Zwecke auf zentrale Subventionen angewiesen sind, haben sie kein Geld mehr für einen eigenen Beitrag zu europäischen Investitionen. Diese sollten in transparenten Wettbewerben im Einklang mit der EU-Politik durchgeführt und verfolgt werden also konkrete, überprüfbare (von professionellen Beamten) soziale und wirtschaftliche Ziele“, erklärt Dr. Wojnar. „Für die Zentralregierung ist das nicht wichtig“, fügt er hinzu.

Investitionen werden in diesem System zur Unterwerfung der lokalen Behörden genutzt. „Der Klient fragt, die Behörde gibt“. Ein gigantisches Potenzial wird so vor unseren Augen vergeudet. Denn EU-Gelder haben – dank der Art und Weise, wie sie verteilt und abgerechnet werden – eine bessere und länger anhaltende Wirkung. Zum Beispiel in Form von Arbeitsplätzen.

Deshalb gibt es keine Wohnungen für die Menschen

Der Angriff auf die Kommunalverwaltungen erklärt auch, warum es der PiS nicht gelungen ist, das Wohnungsproblem zu lösen. Jarosław Kaczyński hat, solange er an Wahlveranstaltungen in Polen teilnahm, auf diesen wiederholt, dass das Programm „Wohnung Plus“ der Regierung misslang. Er schob aber die Schuld auf nicht näher bezeichnete böse „sie“.

Derweil ist der Glaube der PiS, dass eine zentrale Behörde besser ist als eine lokale Behörde, schuld an der Misere.

Die Geschichte der Wohnungspolitik der PiS ist kurz und unangenehm. Sie wird von Professor Dawid Sześciło gegenüber OKO.press erzählt: „Am Anfang hatten die lokalen Regierungen Geld, um Wohnungen zu bauen, aber die PiS kam auf die Idee, Wohnungen zentral zu bauen. Obwohl das niemand auf der Welt so macht. Nach ein paar Jahren wurde klar, dass dies nicht möglich war. Der Wohnungsbau muss von den lokalen Behörden durchgeführt werden, aber mit staatlicher Unterstützung. Also wurde ein Zuschussfonds eingerichtet, um Investitionen der Kommunen in den Wohnungsbau zu unterstützen. Im Jahr 2015 hätte dies noch funktioniert. Jetzt haben die Kommunen aber nicht das Geld, um sich an dem Programm zu beteiligen.“

Dr. Marta Wojnar: „Die Kommunen in den Großstädten, in denen Wohnraum benötigt wird, haben 30 Prozent weniger Steuereinnahmen. Sie haben kein Geld mehr für Verträge, die vor Jahren zur Umsetzung von EU-Projekten unterzeichnet wurden. Sie nehmen Kredite auf und veräußern Vermögenswerte. Wo bleibt also der Spielraum für die Wohnungspolitik?“

Es ist erwähnenswert, dass sich die finanzielle Lage der großen Städte schneller verschlechtert als die der kleineren Gemeinden. Es fällt auch auf, dass die Woiwoden die Beschlüsse der lokalen Behörden nicht aufheben, wenn die PiS an der Macht ist. Dort, wo die Opposition an der Macht ist, tun sie es häufiger. Warschau ist ein besonderes Beispiel dafür. Wie Prof. Sześciło sagt, scheint hier der gesamte Staatsapparat eingesetzt worden zu sein, um die Aktivitäten der Stadt zu überwachen.

Und wenn man dann noch bedenkt, dass es in Polen keine unabhängige Verfassungskontrolle mehr gibt (denn statt des Verfassungsgerichts gibt es das Gericht von Julia Przyłębska), und dass etwa 30 Prozent der Richter des Obersten Verwaltungsgerichts Richter sind, die auf Antrag des so genannten Neuen Landesrat für Gerichtswesen ernannt wurden, dann sieht man, dass es keine rechtlichen Blockaden mehr gibt, die vor einer übermäßigen Politisierung der Aufsicht der Zentralbehörde über die lokalen Regierungen durch die Exzesse der Zentralbehörde schützen.

Und wie geht es weiter?

Prof. Marta Lackowska: „Mit objektiven Methoden haben wir einen tief greifenden Mentalitätswandel festgestellt. Die Kommunalbeamten spüren das.“

Die Methodik des Index der Selbstverwaltung ist so objektiviert, dass die Untersuchung wiederholt werden kann. Und um zu sehen, was die nächste Zentralregierung nach den Wahlen tun wird.

Wenn der Staat nicht mehr funktioniert, kann man ihn theoretisch nur durch einen Regierungswechsel reparieren (Marta Lackowska). Aber es wird für jede nachfolgende Regierung schwierig sein, sich von zentralen Geldern und „ihren“ Superintendenten mit starken Befugnissen über Schulen zu trennen (Dawid Sześciło).

Die Kommunalverwaltungen könnten diesen Prozess beeinflussen, wenn sie an die Beziehungen zu den Mitgliedern der Kommunalverwaltungen appellieren könnten. Das Problem ist, dass viele Kommunalverwaltungen dem traditionellen, inzwischen etwas archaischen Paradigma des Managements verhaftet sind. Wenn sie die Macht haben, entscheiden sie, aber sie wissen nicht, wie sie Beziehungen zu den Bürgern aufbauen sollen.

Leider ist dies kein Weg zur Rettung der Kommunalverwaltung. Und genauso wenig werden die Kommunalverwaltungen Polen retten.

[...]

Zsfg.: JP

<https://oko.press/indeks-samorzadnosci-pis-zmienia-ustroj-polski-zarzynajac-samorzady>



www.mleczko.pl

**ICH GLAUBE NICHT,
DASS DIESE ART DER UNTERHALTUNG
JEMALS AN POPULARITÄT GEWINNEN WIRD.**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Euractiv: Europäische Volkspartei verzichtet auf Wunsch der PO auf einen Gipfel in Warschau



Manfred Weber

Quelle: wyborcza.pl

Von **Bartosz Hlebowicz**

Nach Angaben des Portals Euractiv soll die Absage des für kommenden Mittwoch geplanten Treffens von Donald Tusk beantragt worden sein. Der Grund soll die Kampagne der polnischen Regierungsmedien gegen den Vorsitzenden der Bürgerplattform sein und mögliche Versuche, ihn mit angeblicher Korruption in der EVP in Thüringen in Verbindung zu bringen.

Belgische und deutsche Staatsanwälte durchsuchten am Dienstag die Büros der EVP in Brüssel im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen Korruptionsverdachts in Thüringen. Die Ermittler überprüften den Inhalt von Computern und forderten auch Dokumente an.

Die Korruption soll während des EU-Wahlkampfes 2019 stattgefunden haben. In den Fall verwickelt ist der Thüringer CDU-Vorsitzende Mario Voigt, der die Online-Kampagne des derzeitigen EVP-Vorsitzenden Manfred Weber im Vorfeld der Europawahl 2019 leitete. Es geht um angebliche Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit einem Vertrag für ein Digitalunternehmen.

Die Ermittlungen gegen Voigt laufen in Deutschland seit letztem Jahr, und Euractiv erinnert daran, dass der Justizausschuss des Thüringer Landtags im vergangenen September seine Immunität aufgehoben hat.

Die EVP gab eine Verlautbarung heraus, in der sie die Durchsuchung durch die Ermittler als „Besuch“ bezeichnete, was zu Kritik führte, während sie gleichzeitig ihre Zusammenarbeit mit der Justiz versicherte. Voigt ist ein Vertrauter Webers und hat nach Angaben eines Euractiv-Insiders eine persönliche

Beziehung zu Udo Zolleis, dem derzeitigen Leiter der Wahlkampfstrategie der EVP und Webers rechter Hand.

Weber kam der Bitte Tusks nach

Euractiv zitiert zwei Informanten der Volkspartei, die bestätigen, dass sich die Bürgerplattform um die Absage des für den 12. April geplanten EVP-Treffens in Warschau bemüht hat. Sie erklären, dass die Regierungsmedien in Polen versuchen, die PO und Tusk selbst mit dem EVP-Skandal in Verbindung zu bringen und so die PiS vor den bevorstehenden Wahlen zu unterstützen.

Tusk kündigte zunächst an, dass er nicht an dem Gipfel teilnehmen werde, und soll dann die Absage des Gipfels gefordert haben, „um die politischen Verluste zu vermeiden, die der EVP-Vorsitzende Manfred Weber derzeit erleidet“, wie es ein Gesprächspartner von Euractiv ausdrückte. In der Tat wurde innerhalb der Europäischen Volkspartei über Webers Pläne gesprochen, die Europäische Kommission zu leiten, berichtet das Portal. Die Affäre erhöht jedoch die Chancen von Ursula von der Leyen, wiedergewählt zu werden.

Eine zweite Quelle des Portals fügt hinzu, dass Weber zunächst nicht auf die Forderung von Tusk eingehen wollte, aber schließlich seine Meinung änderte. Außerdem sagte der EVP-Vorsitzende das für Dienstag angesetzte monatliche Abendessen zwischen EVP-Kommissaren und den Präsidien der Partei und der Fraktion ab.

EVP sagt auch Parteitag in Neapel ab

Dies ist nicht das erste abgesagte Treffen der EVP-Spitzenpolitiker in jüngster Zeit. Am 17. Februar kündigte Manfred Weber an, dass die Europäischen Konservativen den für den 7. bis 9. Juni in Neapel geplanten Parteitag absagen würden. Sie sollten dort von Silvio Berlusconi, dem Vorsitzenden der zur EVP gehörenden Forza Italia, empfangen werden.

Die Konservativen konnten es sich jedoch nicht leisten, gemeinsam mit einem Putin-freundlichen Politiker aufzutreten, der wiederholt die Hauptthesen der Kreml-Propaganda zum Krieg in der Ukraine wiederholte und Präsident Wolodymyr Selenskyj die Schuld am Krieg gab.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75399,29643446,euractiv-europejska-partia-ludowa-rezygnuje-ze-szczytu-w-warszawie.html#S.TD-K.C-B.6-L.1.duzy>

Selenskyjs in Warschau: ein Besuch im brodelnden Kessel



Quelle: wyborcza.pl

Von **Monika Olejnik**

Bei Selenskyjs Besuch gab es viele schöne Worte über Solidarität. Und das in einem Land, in dem es brodeln, wenn der Deckel hochgehoben wird.

„Was uns die ausländische Gewalt genommen hat, werden wir uns mit dem Säbel zurückholen“, sagte der ukrainische Präsident in Warschau [ein Zitat aus der polnischen Nationalhymne]. Es war ein sehr bewegender Besuch.

Präsident Andrzej Duda versicherte, dass eine freie und unabhängige Ukraine über jeden politischen Streit erhaben sein werde. Er erwähnte nicht nur Lech Kaczyński, sondern – zur Überraschung vieler – auch die Rolle von Präsident Aleksander Kwasniewski bei der Unterstützung der Orangenen Revolution.

Es fielen viele schöne Worte über Solidarität, Unabhängigkeit, Freundschaft, gegenseitige Loyalität und die Fehler, die gemacht wurden.

Und das alles in einem Land, in dem es brodeln, wenn der Deckel hochgehoben wird. Selbst bei einer so schönen Zeremonie versäumte es Premierminister Morawiecki nicht, den Westen anzugreifen, denn schließlich waren wir die Einzigen, die wussten, was Putin in Zukunft tun könnte. Was hat der ukrainische Präsident darauf geantwortet? Er hat geschwiegen.

Es ist gut, dass Morawiecki wenigstens die Deutschen nicht erwähnt hat. Denn schließlich sind wahllose Angriffe auf Verbündete in Polen an der Tagesordnung – einem Land, in dem die Behörden hochtrabende Parolen predigen, sich auf die Worte des Heiligen Vaters berufen und den Papst verteidigen. Und die

gleichen Behörden sagen uns, dass Deutschland unser Feind ist. Und gleichzeitig wollen sie, dass die Ukraine so schnell wie möglich der Europäischen Union beitrifft – dieser bösen Union, die uns angeblich die Souveränität nimmt.

Jarosław Kaczyński ist der Urheber dieser Propaganda des Hasses gegen die Deutschen. Er hat über Donald Tusk gesagt, er sei ein Deutscher bis in die Haarspitzen. Er lässt die Wähler wissen, dass wir eine deutsche Partei in Polen haben. Dass, wenn die Opposition gewinnt, Polen sich unter dem deutschen Stiefel wiederfindet. Die Minister der Regierung Morawiecki sagen über Tusk, er sei ein deutscher Kollaborateur.

Was wäre, wenn sie alle in die 1960er Jahre zurückversetzt würden? Im Jahr 1965 schickten die polnischen Bischöfe einen Brief an die Deutschen, in dem sie schrieben: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“. Er wurde von 34 Bischöfen unterzeichnet, darunter Primas Stefan Wyszyński und Bischof Karol Wojtyła. Dieser Brief erzürnte Władysław Gomułka und das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Sie riefen „Verrat“ und griffen die Kirche an.

Jarosław Kaczyński und sein Gefolge greifen so gerne in die Geschichte zurück. Sollen sie doch sagen, was sie damals getan hätten? Hätten sie wie Zenon Kliszko, der Genosse von Gomułka im Politbüro, geschrien, dass die „Straße und das Ausland“ schuld sind?

Liebe Regierende, denkt bei Osterwünschen darüber nach. Es ist wohl an der Zeit, zur Vernunft zu kommen, denn gleich werdet ihr den Deutschunterricht an den Schulen verbieten.

Halleluja und vorwärts.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,29640663,zelenski-w-warszawie-wizyta-w-bulgocacym-kotle.html>

Krieg im Internet: Tausende von Angriffen auf Polen pro Woche durch pro-russische Hacker



Quelle: rp.pl

Polnische strategische Unternehmen, kritische Infrastrukturen, Krankenhäuser und sogar Anwaltskanzleien werden Tag für Tag von pro-russischen Hackern bombardiert. Es herrscht ein regelrechter Krieg im Internet.

Von **Michał Duszczyk** und **Szymon Cydzik**

Die Welle der Angriffe auf strategische Ziele und Infrastrukturen in unserem Land nimmt seit vielen Monaten rasant zu. Wie die „Rzeczpospolita“ herausgefunden hat, gibt es derzeit fast 3.700 solcher Hackerangriffe pro Woche. Dies ist ein absoluter Rekord.

Die Kampagne der letzten Woche, die sich gegen einen Düngemittelhersteller aus Police richtete, ist ein Beweis für diese Bedrohung. Die mit dem Kreml verbundene Killnet-Gruppe hackte sich in das Netzwerk des Unternehmens ein und legte einige Systeme lahm. Die Hacker konnten zwar abgewehrt werden, doch bedeutet dies nicht das Ende des Krieges im Internetbereich.

Jedes zweite Unternehmen könnte aufgrund eines Cyberangriffs zusammenbrechen.

Das israelische IT-Sicherheitsunternehmen CheckPoint teilt der „Rzeczpospolita“ mit, dass Cyberkriminelle in Polen auf breiter Front zuschlugen. Zu ihren Zielen gehören der Finanzsektor und Banken (1216 Angriffe pro Woche), staatliche Einrichtungen (1080) und – relativ gesehen – das schwächste Glied – Krankenhäuser (1669). Im Laufe des Jahres ist die Zahl der Cyberangriffe auf medizinische Einrichtungen in Polen um 60 Prozent gestiegen. Das ist ein leichtes Ziel, da die IT-Sicherheit in diesen Einrichtungen immer noch nicht mit der von Banken oder Energieunternehmen mithalten kann.

Keiner kann sich sicher fühlen. Der jüngste Bericht *LegalTech 2023* zeigt, dass im Jahr 2022 sogar ein Drittel der Anwaltskanzleien Ziel eines Cyberangriffs wurde. Einige Hacker haben sich sogar darauf spezialisiert, Anwaltskanzleien anzugreifen.

Rechtsanwalt Artur Piechocki, ein Spezialist für neues Technologierecht, betont, dass die Reaktion auf einen Vorfall auf die Art des Angriffs zugeschnitten sein sollte. „Handelt es sich um Ransomware, die nur einen Computer infiziert hat, sollte dieser gesäubert und die Daten von einem Backup oder einer Sicherungskopie auf einem anderen Gerät wiederhergestellt werden“, erklärt er. „Wenn es sich um einen Virus handelt, der Dateien zerstört, muss man so schnell wie möglich eine Antivirensoftware installieren. Handelt es sich jedoch um einen DDOS-Angriff (ein Angriff von mehreren Computern gleichzeitig, der den Zugang zu einer Website blockiert - Anm. d. Red.), dann kann man bei einer zu schwachen Infrastruktur nur hoffen, dass er aufhört, oder versuchen, auf völlig andere Geräte und eine andere Infrastruktur umzusteigen, aber dann wird die Sichtbarkeit des Unternehmensnetzes von Grund auf neu aufgebaut“, erklärt er.

Viele Unternehmen sind sich des Ausmaßes der Risiken und der Verantwortung, die ihnen auferlegt wird, nicht bewusst. Denn die Unternehmen verschiedener Branchen müssen neue Schutzmaßnahmen gegen Cyberangriffe einführen und ihre IT-Systeme mit den EU-Vorschriften zur Netzsicherheit (NIS2-Richtlinie) in Einklang bringen. Dazu haben sie etwas mehr als ein Jahr Zeit. Andernfalls drohen ihnen saftige Geldstrafen von bis zu 10 Millionen Euro oder 2 Prozent des Jahresumsatzes.

Zsfg.: JP

<https://www.rp.pl/gospodarka/art38292191-wojna-w-internecie-tysiace-atakow-na-polske-tygodniowo-prorosyjskich-hakerow>

Das polnische Kind verirrt im Unions-Nebel. Wir wissen nicht, wie wir von der EU-Mitgliedschaft profitieren können



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Jan Truszczyński**, ehemaliger Botschafter Polens bei der Europäischen Union und Bevollmächtigter der Regierung für die Verhandlungen über den Beitritt Polens zur Europäischen Union.

Wir sind nun seit fast einer Generation in der Europäischen Union. In wenigen Tagen wird es 20 Jahre her sein, dass Polen den Beitrittsvertrag unterzeichnet hat. Wir sind mit anderen Mitgliedern der europäischen Familie durch tausende von Fäden der Zusammenarbeit und hunderte von Schnittstellen verbunden. Es hat den Anschein, dass Polen ein reifer und erfahrener Teilnehmer am Prozess der europäischen Integration geworden ist. Meiner Meinung nach gibt es jedoch noch viel zu tun, und die Realität unseres Funktionierens in der Union ist ein ständiger Beweis dafür. Lassen Sie mich einige der jüngsten Beispiele anführen.

Nicht nur Polen hat Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen

Der jüngste Besuch von Präsident Selenskyj in Warschau war eine Gelegenheit, uns noch einmal an die spontane und massive Hilfe unserer Gesellschaft für die ukrainischen Flüchtlinge zu erinnern. Während wir uns zu Recht unserer Haltung und unserer Bemühungen rühmen, fügen wir zu selten hinzu, dass wir nicht die Einzigen sind. In der EU sind derzeit etwa 4 Millionen Menschen als Flüchtlinge registriert; davon befinden sich 25 % in Polen und die restlichen 75 % in anderen EU-Ländern. Diese Verhältnisse wären

völlig anders, wenn es die Union und unsere Beteiligung an ihr nicht gäbe. Gäbe es nicht die Rechtsinstrumente der EU und den politischen Willen der Mitgliedstaaten, sie zu nutzen.

Bereits am dritten Tag nach dem russischen Angriff hat die Europäische Kommission auf einer außerordentlichen Sitzung der EU-Innenminister einen Vorschlag für die sofortige Aktivierung der seit 2001 bestehenden, aber noch nie angewandten Bestimmungen zum vorübergehenden Schutz (Richtlinie 2001/55/EG) vorgelegt. Der Vorschlag fand bei den Ministern breite Unterstützung (wobei anzumerken ist, dass Polen trotz des wichtigen Charakters dieses Treffens - neben Malta und Luxemburg - auf politischer Ebene nicht vertreten war). Infolgedessen wurde bereits am 4. März 2022 vom Rat der EU einstimmig beschlossen, diese Richtlinie anzuwenden, nach der sich Flüchtlinge in jedem Land der Union registrieren lassen können und überall die gleichen Rechte in Bezug auf den Aufenthalt, den Zugang zum Arbeitsmarkt, zur Gesundheitsversorgung, zur Bildung, zur Wohnung und zu den Sozialhilfeeinstrumenten haben.

Das ist nichts anderes als gelebte Solidarität: Solidarität mit der Ukraine, aber auch Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Das hat vor allem Polen geholfen - und hilft weiterhin. Ich würde mir wünschen, dass dieses europäische Motiv zumindest von Zeit zu Zeit in den Reden derjenigen auftaucht, die die öffentliche Meinung in unserem Land prägen...

Wir selbst haben zugestimmt, den Markt für ukrainisches Getreide zu öffnen

Seit einigen Wochen diskutieren wir intensiv über die ukrainische Getreidefrage. Emotionen dominieren, Fakten stehen - selektiv eingesetzt - im Hintergrund, und die EU-Aspekte des Themas werden generell verzerrt oder ignoriert. Dabei können ukrainische Waren bereits seit Anfang Juni letzten Jahres ohne Zölle und Mengenbeschränkungen in den EU-Markt exportiert werden. Eine solche Entscheidung - für ein Jahr - wurde von den EU-Ländern, einschließlich Polen, gemeinsam getroffen, um die ukrainische Wirtschaft zu unterstützen.

Wie kann man dann behaupten, dass uns Getreide aus diesem Land „überschwemmt“, wenn es einfach nach unseren eigenen Gesetzen verkauft wird? Warum wird immer wieder behauptet, die Einfuhr auf unseren Markt sei „unkontrolliert“? Schließlich muss jede Sendung solcher Waren an der Außengrenze der Union, sei es in Hrubieszów oder Medyka, vom Zoll abgefertigt werden, und zwar unter Vorlage eines Ursprungszeugnisses und eines Pflanzengesundheitszeugnisses. Wir wollen doch nicht den Eindruck erwecken, dass die polnischen Grenzdienste nicht mehr funktionieren und dass Polen seine Mitverantwortung für den EU-Binnenmarkt aufgibt?

Schon vor einem Jahr war klar, dass die Öffnung dieses Marktes für ukrainische Waren den Wettbewerbsdruck erhöhen und gewisse Anpassungen innerhalb der Union selbst erfordern würde. Und genau darüber müssen wir in Polen nachdenken, zumal der Freihandel um ein weiteres Jahr verlängert wird und die Aussicht auf den Beitritt der Ukraine zur EU in jedem Fall die volle Teilnahme der Ukraine am freien Warenverkehr und an anderen Freiheiten des Binnenmarktes bedeutet.

Wojciechowski ist Kommissar der EU, nicht Polens

Zufällig wird die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik von jemandem aus der Europäischen Kommission überwacht, der polnischer Staatsbürger ist. Sein polnischer Pass lieferte den Vorwand für eine absurde Diskussion, in der die einen von Kommissar Wojciechowski erwarten, dass er die Turbulenzen auf unserem Getreidemarkt löst, während die anderen fordern, dass er sich fern von einer Dienstbarkeit hält, weil er Pole ist und obendrein noch von der PiS ernannt wurde...

Unterdessen darf Wojciechowski, wie jeder andere Kommissar auch, von keinem Mitgliedstaat Anweisungen einholen oder entgegennehmen und soll die Interessen der gesamten Union wahren. Davon ist in der polnischen Debatte wenig zu hören.

Wir hören auch fast nichts über die Tatsache, dass die Kommission nur über zwei spezifische Instrumente verfügt, die beide unter der Aufsicht und mit der Entscheidungsbeteiligung der Mitgliedstaaten stehen. Das eine, das bereits in Anspruch genommen wird, ist die finanzielle Notreserve. Ihr Umfang liegt weit unter dem in Polen angemeldeten Bedarf, aber ohne die einstimmige Aufstockung einer solchen Reserve durch die Mitgliedstaaten wird kein Kommissar zusätzliches Geld herbeizaubern. Das zweite Instrument ist die

Genehmigung außerordentlicher öffentlicher Beihilfen aus nationalen Mitteln. Darüber kann diskutiert werden, wenn die polnische Regierung eine solche Umverteilung von Geldern anderer Bürger an die Landwirte beschließt und einen entsprechenden Antrag bei der Kommission stellt.

Die polnische Regierung selbst hat die Methanverordnung unterschrieben

Ein paar Worte sollten auch über die so genannte EU-Methanverordnung gesagt werden, ein weiteres Thema der äußerst lebhaften Diskussion in Polen, die unter dem Banner der Verteidigung der polnischen Bergwerke vor der drohenden Schließung geführt wird. Die Teilnehmer erwecken den Eindruck, als seien sie von den Maßnahmen „Brüssels“ überrascht worden. Der Prozess der Vorbereitung dieser Rechtsvorschriften läuft jedoch schon seit Langem, und Polen hatte in jeder Phase die Möglichkeit, den Inhalt der Rechtsvorschriften aktiv zu beeinflussen.

Ende 2020 konsultierte die Europäische Kommission die EU-Länder zu ihrer vorläufigen Folgenabschätzung für eine solche Verordnung. Am 5. Februar 2021 leitete sie eine standardmäßige 12-wöchige öffentliche Konsultation ein, an der sich alle polnischen Interessengruppen aktiv beteiligen konnten. Mitte Dezember 2021 nahm die Kommission den ersten Gesetzesentwurf an und leitete ihn wie immer unverzüglich an die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten weiter. Wie in jedem anderen ähnlichen Fall hatte unser Parlament acht Wochen Zeit, seinen Standpunkt dazu festzulegen. Von Dezember 2021 bis Dezember 2022 fanden in den EU-Ratsgremien insgesamt sieben Arbeitsverhandlungsrunden zwischen den EU-Ländern über die Bestimmungen des Verordnungsvorschlags statt; das Ergebnis war ein Kompromiss, der ein Verbot für Bergwerke vorsieht, die pro Kilotonne geförderter Kohle übermäßig viel Methan ausstoßen. Dieser Kompromiss wurde am 19. Dezember 2022 vom Rat der EU als so genannte „allgemeine Ausrichtung“ politisch gebilligt, d. h. als Ausgangsbasis für die Einigung mit dem Europäischen Parlament über die endgültige Form der Rechtsvorschriften.

Ich frage also: Warum schreiben und reden wir nicht darüber? Warum geben wir nicht zu, dass auch unsere Regierung die Methangrenzwerte unterschrieben hat? Warum hat sich niemand die Mühe gemacht, eine Gesamtbewertung der Effektivität Polens als Mitgliedstaat im Zusammenhang mit der Arbeit an dieser Verordnung vorzunehmen?

Man könnte noch viele Beispiele anführen, aber schon diese drei zeigen, dass wir von einer optimalen Effizienz in der Union weit entfernt sind. Das beunruhigt mich. Ich war an den Verhandlungen über den EU-Beitritt Polens beteiligt und habe dann viele Jahre lang an den Entscheidungsprozessen in der Union mitgewirkt. Ich will eines sagen: Nach 20 Jahren Einflussnahme auf diese Prozesse muss sich unser Land mehr leisten können. Die PiS wird das wohl nicht schaffen, alle Hoffnung ruht auf einem demokratischen Machtwechsel und darauf, dass die derzeitigen Oppositionsparteien unser Handeln in der EU ernst nehmen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,29656077,polskie-dziecko-w-unijnej-mgle-nie-umiemy-korzystac-z-czlonkostwa.html>

Die PiS spaltet die Polen erneut. In diejenigen, die einen „2-Prozent-Kredit“ bekommen, und diejenigen, denen die Preise steigen



Quelle: wyborcza.biz

Von **Anna Popiolek**

Das Regierungsprogramm „Sicherer Kredit 2 %“ soll ab Juli anlaufen. Am Mittwoch wurde der Gesetzentwurf von den Abgeordneten in erster Lesung im Sejm behandelt. Kreditnehmer, die alle Bedingungen erfüllen (und es werden immer mehr, wie weiter unten erläutert wird), stehen bereits in den Startlöchern und unterzeichnen Reservierungsvereinbarungen mit Bauträgern. Dies ist nicht verwunderlich, denn Analysten sind davon überzeugt, dass nur ein Teil der Antragsteller in der Lage sein wird, die Subventionen in Anspruch zu nehmen, da das für das Programm vorgesehene Geld ausläuft.

Das Programm „Sicherer Kredit 2 %“ soll Abhilfe für das Problem der verlorenen Kreditwürdigkeit von Millionen von Kreditnehmern schaffen - denn mit den Zinserhöhungen und dem daraus resultierenden Anstieg des WIBOR-Indexniveaus ist der verfügbare Kreditbetrag für den Erwerb eines Eigenheims für potenzielle Kreditnehmer um bis zur Hälfte gesunken.

Jetzt ist ein Immobiliendarlehen ein Luxusgut. Um 600 000 PLN bei einer Bank zu leihen, muss man jeden Monat über 12 000 PLN zur Verfügung haben. Um 300 000 PLN zu leihen, muss man fast 8 000 PLN verdienen.

Im Rahmen des Wohnungsbauprogramms der Regierung soll der Zinssatz nicht nur für die nächsten 10 Jahre festgeschrieben werden, sondern auch viel niedriger sein als heute. Denn das zinsgünstige Darlehen soll einen Zinssatz von 2 % zuzüglich der Marge der Bank haben. Zum Vergleich: Der derzeitige

durchschnittliche Hypothekenzinssatz liegt bei rund 9 %t (Bankmarge - rund 2 % plus WIBOR-Index, der derzeit bei 6,9 % liegt).

Wie viel kann man durch die staatliche Regelung sparen?

Nach Berechnungen des Entwicklungsministeriums würde sich die erste Rate bei einem Darlehen von 300 000 PLN und einer Laufzeit von 25 Jahren ohne Subvention derzeit auf 3115 PLN belaufen (bei einem Zinssatz mit einer Marge von 8,46 %). Nimmt der Kreditnehmer das staatliche Programm „Sicherer Kredit 2 %“ in Anspruch, würde die Rate 1711 PLN betragen.

Bei einem Darlehen von 400 000 PLN mit einer Laufzeit von 20 Jahren würde die Rate ohne den Zuschuss 4486 PLN betragen. Mit dem Programm sinkt sie auf 2615 PLN. Ein anderes Beispiel: ein Darlehen über 350 000 PLN mit einer Laufzeit von 30 Jahren. Die Rate ohne Aufschlag beträgt 3439 PLN. Im Rahmen des Programms „Sicherer Kredit 2 %“ 1802 PLN.

Und was ist mit größeren Beträgen? Das Ministerium rechnet vor: Bei einem Darlehen von 550 000 PLN mit einer Laufzeit von 30 Jahren beträgt die Rate ohne Subvention 5405 PLN und mit dem Programm 2832 PLN.

Dies wäre in der Tat eine große Erleichterung für die Kreditnehmer. Der Haken an der Sache ist jedoch, dass die Regierenden das Gesetz immer weiter einschränken, um den Kreis der potenziellen Begünstigten einzugrenzen. Es gibt bereits eine ganze Reihe dieser Bedingungen, von denen einige an die Kontrollen im sozialen Wohnungsbau erinnern.

Sie hatten bereits mal eine Wohnung? Dann bekommen Sie keinen 2 %-Kredit

Ursprünglich sollte es so sein: Das zinsgünstige Darlehen sollte allen Personen unter 45 Jahren zugänglich gemacht werden, die einen Kredit für ihr erstes Haus aufnehmen wollten. Mehr Bedingungen gab es nicht. Es sollte keine Einkommenskriterien geben (die es auch jetzt nicht gibt) und auch keine Beschränkungen für den Erwerb von Immobilien, wenn der Ehepartner eine eigene Wohnung hat.

Jetzt ändert sich alles: Es ist ein Darlehen nur für diejenigen, deren Ehepartner keine Wohnung hat (und nie hatte!). Diejenigen, deren Ehefrau, Ehemann oder Partner eine Wohnung geerbt hat, auch wenn diese am anderen Ende Polens liegt, sind ebenfalls von der Regelung ausgeschlossen. Auch Personen und ihre Familienangehörigen, die eine Immobilie besaßen und diese verkauft haben, sind von dem Programm ausgeschlossen.

Und noch etwas: Wenn jemand eine Subvention erhält, muss er oder sie während der gesamten 10 Jahre, in denen er oder sie subventionierte Raten erhält, in dieser Immobilie wohnen und darf sie nicht verkaufen. Und nicht nur das: Dies wird kontrolliert, und es geht nicht nur darum, dass die „bevorzugten“ Kreditnehmer Erklärungen abgeben. Es sind auch Besuche vor Ort vorgesehen.

Sie können nicht ein Elternteil Ihres Kindes einziehen lassen

Es gibt weitere Einschränkungen: Eine Person, die nicht der Darlehensnehmer ist, aber bis zu einem Jahr vor der Darlehensgewährung einen gemeinsamen Haushalt mit dem Darlehensnehmer geführt hat, kann nicht in die Wohnung einziehen.

Und ein weiterer kurioser Ausschlussgrund: Der Partner des Kreditnehmers kann nicht in die kreditfinanzierte Immobilie einziehen, wenn sie vorher keinen gemeinsamen Haushalt geführt haben und ... ein Kind haben, das vor der Aufnahme des Vorzugsdarlehens geboren wurde.

Natürlich gibt es auch (wie von Anfang an angekündigt) Obergrenzen für den Preis einer mit einem Vorzugsdarlehen erworbenen Wohnung. Die maximale Kredithöhe beträgt 500 000 PLN für einen Ein-Personen-Haushalt und 600 000 PLN für ein Paar, ein Ehepaar oder Personen, die Kinder erziehen.

Außerdem gibt es eine Eigenanteils Grenze: 200 000 PLN. Das bedeutet, dass eine Immobilie, die mit einem „2 %-Kredit“ gekauft werden kann, für einen Alleinstehenden höchstens 700 000 PLN und für eine Familie mit mindestens einem Kind 800 000 PLN kosten darf.

Die Regierung geht nicht von einer Begrenzung des Quadratmeterpreises einer Wohnung aus. Für das Programm kommen sowohl Objekte des Primär- als auch des Sekundärmarktes in Frage. Das Programm berücksichtigt auch die Möglichkeit der gleichzeitigen Inanspruchnahme des Programms „Wohnung ohne Eigenleistung“, die Bürgschaft kann bis zu 100 000 PLN betragen.

Wird das staatliche Wohnungsbauprogramm die Geburtenrate verringern?

Es gibt viele Zweifel an dem Regierungsprogramm, und selbst die Polnische Nationalbank hat sie.

„Das Programm wird die Verfügbarkeit von Wohnungen nicht erhöhen. Es wird ihre Preise erhöhen, und es wird vor allem den Wohlhabenden nützen. Die Einführung des Programms würde zu einem Anstieg der Wohnungspreise führen, was zu einer Verbesserung der finanziellen Situation der Bauträger und der Wohlhabenden beitragen würde“, heißt es in der Stellungnahme der Polnischen Nationalbank zum Gesetzesentwurf zur Einführung des Programms für vergünstigte Hypothekendarlehen mit einem Zinssatz von 2 % zuzüglich einer Bankmarge.

Auch das Finanzministerium hat sich zu diesem Thema geäußert. Und es kommt zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie die NBP: „Es scheint, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen, die sich direkt auf die Nachfrage auswirken, kurzfristig eine Gefahr für den Preisanstieg auf dem Wohnungsmarkt darstellen können - bevor das Wohnungsangebot entsprechend angepasst wird.“ Das Finanzministerium fügt außerdem hinzu, dass das Programm den Ärmsten nicht helfen wird, eine eigene Wohnung zu finden.

Damit ist es allerdings noch nicht beendet.

Nach Ansicht der Ökonomen der NBP kann die Konzeption des Programms „die Fruchtbarkeit und die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt einschränken“. Die Idee ist, die Subventionen davon abhängig zu machen, dass ein Single oder eine Familie in den nächsten 10 Jahren in einer auf Kredit gekauften Wohnung lebt. Das heißt, dass sie in diesem Zeitraum nicht die Möglichkeit nutzen können, die Wohnung gegen eine größere Wohnung auszutauschen, beispielsweise im Zusammenhang mit einer Familienerweiterung.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.biz/biznes/7,147582,29653998,pis-znowu-dzieli-polakow-na-tych-ktorzy-dostana-kredyt-2-proc.html>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [wikipedia.pl](https://de.wikipedia.org/wiki/Leszek_Balcerowicz)

„Sind diejenigen, die den Wählern weitere Geschenke versprechen, ohne die Quellen ihrer Finanzierung anzugeben, wirtschaftliche Idioten oder Zyniker, welche die Wähler für Idioten halten?“

Leszek Balcerowicz - polnischer Professor für Wirtschaftswissenschaft und liberaler Politiker

Quelle: <https://twitter.com/LBalcerowicz/status/1645334577924243459?t=iGioEQ5HnOYX9r0o1abGxA&s=19>

juedische-allgemeine.de

Neuer Streit um Gedenkstätten-Fahrten nach Polen

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/neuer-streit-um-gruppenfahrten-nach-polen/>

welt.de

Europas großer Bildungs-Aufsteiger – und was Deutschland von ihm lernen kann

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus244671576/Polen-Europas-Bildungs-Aufsteiger-und-was-Deutschland-von-ihm-lernen-kann.html>

tagesschau.de

Polen steigt in die Atomkraft ein

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-atomenergie-103.html>

zdf.de

Lkw-Fahrer-Protest: "Schlägertrupp" vom Chef

<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/lkw-streik-graefenhausen-security-spedition-polen-festnahmen-100.html>

tagesschau.de

NATO-Übung in Polen - Manöver mit Signalwirkung

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-uebung-polen-101.html>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik